

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 13.01.2026

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:57 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU

Torben Wunderlich CDU

Janik Schernikau CDU

Vertretung für: Ursula Lauenstein

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

bis TOP 8.2

Vertretung für: Willibald Ulbrich ab TOP 9

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung 2

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Katrin Matthies Protokollführung

Janine Gehl Fachdienst 2-61 zu TOP 5

Abwesend

Mitglieder

Ursula Lauenstein CDU entschuldigt

Gäste:

Zu TOP 4: Herr Eickhoff thirteen seven GmbH
 Herr Peschges thirteen seven GmbH
 Herr Haverig Hagedorn Revital GmbH

7 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Zeitweise 1 Ratsmitglied (Frau Römer, bis TOP 8.2, anschließend stimmberechtigte Vertreterin)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2025
- 4 Projektpräsentation Industriestraße
- 5 Aktuelle Novelle des BauGB; hier: Sachstand "Bau-Turbo" MV/2025/120
- 6 Haushaltssatzung 2026/2027
 - 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltssatzung 2026/2027: „Sport trifft Kultur“ ANT/2026/001
 - 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu "Sport trifft Kultur" ANT/2026/016
 - 6.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mittel für Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand ANT/2026/017
- 6.3 Haushaltssatzung 2026/2027 BV/2025/080
- 7 Rückmeldungen der Fraktionen; hier: Lidl-Neubau
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung
 - 8.1.1 Haushaltskonsolidierung
 - 8.1.2 Mündlicher Sachstandsbericht Stadthafen Wedel
 - 8.1.3 Weitere Berichte
- 8.2 Anfragen der Politik

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2025

10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

10.2 Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Volk hat Fragen bezüglich seines Grundstücks schriftlich beim Vorsitzenden eingereicht und bittet um Verteilung an die Fraktionen und schriftliche Beantwortung.

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat weist auf einen Vortrag am 18.02.2026 um 18 Uhr zum Thema „Mikroplastik in der Umwelt“ hin. Referent ist Dr. Lars Hildebrandt vom Helmholtz-Zentrum Herneon. Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten, der neu gewählte Jugendbeirat wird erst am kommenden Wochenende seine Vertretungen in die Gremien senden.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Projektpräsentation Industriestraße

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt. Anhand einer Präsentation stellen Herr Eickhoff und Herr Peschges anschließend ihre Firma, Referenzprojekte und das geplante Projekt in Wedel vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die SPD-Fraktion begrüßt das Projekt, mit dem sich die Hoffnung auf Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe in Wedel verbindet und fragt nach dem Zeithorizont.

Herr Peschges erläutert, dass am heutigen Tag der Bauantrag eingereicht wurde. Abhängig von allen notwendigen Prüfungen und der Genehmigung könnte der Baubeginn im Mai/Juni erfolgen, mit der Fertigstellung wäre dann im 2. Quartal 2027 zu rechnen.

Die Bürgermeisterin dankt auch Herrn Haverig dafür, dass die Zusagen für die zügige Aufbereitung des Geländes binnen eines Jahres eingehalten wurden. Dieser wiederrum dankt der Stadt Wedel für die hervorragende Unterstützung in der ganzen Zeit.

5 Aktuelle Novelle des BauGB; hier: Sachstand "Bau-Turbo"

MV/2025/120

Frau Gehl erläutert anhand der Schaubilder (Anlage zur Mitteilungsvorlage) die Unterschiede zwischen den bisherigen und den zukünftigen Abläufen auf Grund der neuen Regelungen im Baugesetzbuch.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Hauptsatzung hinsichtlich der „Zustimmung der Gemeinde“ angepasst werden wird, um die Zuständigkeit zu regeln. Zudem wird die Verwaltung Leitlinien entwerfen, wie die Stadt Wedel zukünftig im Sinne der Gleichbehandlung mit den neuen Befreiungsmöglichkeiten umgehen möchte. Diese sind dann politisch zu beschließen.



Die CDU-Fraktion fragt nach der Meinung der Verwaltung zu dem Bauturbo und ob die Frist von drei Monaten ausreichend sein wird für die notwendigen Prüfungen.

Frau Gehl weist darauf hin, dass bisher kaum Erfahrungswerte und keine Rechtsprechung vorliegen. Sollte es sich beispielweise in einem Antrag um kleine Abweichungen handeln, die bisher nicht genehmigungsfähig gewesen wären, wird die Frist vermutlich gut einzuhalten sein. Bei einem umfangreichen Projekt wäre dies vermutlich eher nicht leistbar. Die Kommunen stehen in einem guten Austausch. Dabei wird deutlich, dass Großstädte, die bisher oft eine lange Bearbeitungszeit für Bebauungsplanverfahren haben, die Regelungen sehr begrüßen. Die Stadt Wedel hat bisher eine sehr kurze Bearbeitungszeit für ein Bebauungsplanverfahren mit 12-18 Monaten. Für viele kleinere Kommunen wie Wedel sind bei großen Projekten die notwendigen Abwägungen kaum in drei Monaten zu leisten.

Frau Broekhuis bestätigt, dass die neuen Regelungen Chancen bieten, aber auch Risiken beinhalten. Es wird wichtig sein, früh in die Abstimmung mit dem jeweiligen Antragsteller zu gehen. Da es sich jedoch um Kann-Vorschriften handelt, d.h., die Zustimmung der Gemeinde immer aus städtebaulichen Gründen versagt werden kann, können über Dispenzverträge Themen wie geförderter Wohnungsbau und Infrastrukturabgabe aufgenommen werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen empfindet es so, dass die Verfahren schwieriger zu werden scheinen. Bisher fand die Beteiligung der Öffentlichkeit sehr strukturiert im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens statt. Es wären mehr Probleme im Nachgang zu erwarten, wenn dies wegfallen. Daher sei ein Bebauungsplanverfahren eigentlich vernünftiger, weil rechtsicherer.

Frau Broekhuis erläutert, dass auch das neue Verfahren eine Möglichkeit der Beteiligung schafft, der jeweilige Umfang müsse dann im Einzelfall bestimmt werden. Jedoch würden in einem Bebauungsplanverfahren bestimmte Sachverhalte gutachterlich untersucht, im Bauturbo müsse schnell geprüft werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, ob die neuen Regelungen zum Beispiel angewandt werden können, um in einem Gebiet, in dem bisher 1 Wohneinheit pro Einzel- oder Doppelhaus erlaubt sei, hiervon abweichen zu können. Oder eine rückwärtige Bebauung zuzulassen, die sonst nicht möglich sei. Dies könnte Einfluss auf den Wert von Erbpachtgrundstücken haben, die oftmals verhältnismäßig groß seien.

Frau Broekhuis erinnert daran, dass beispielsweise im Voßhagen eine Erhaltungssatzung gelte, die höherrangig zu berücksichtigen wäre. In anderen Quartieren wäre dies vielleicht städtebaulich theoretisch vertretbar. Man müsse aber immer vor Augen haben, dass eine solche Zustimmung dann das Gebiet prägen und verändern kann. Daher seien Leitlinien essentiell.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6 Haushaltssatzung 2026/2027

6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltssatzung 2026/2027: „Sport trifft Kultur“

ANT/2026/001

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion bereits in der letzten Sitzung vorlag.

Die SPD-Fraktion bringt ihren Änderungsantrag ein.

Die CDU-Fraktion möchte ihren Antrag ebenfalls als Bestandteil der Haushaltssolidierung sehen, in deren Rahmen die Arbeitsgruppen noch ihre Ergebnisse vorlegen müssen. Dabei sind viele verschiedene Einrichtungen in der Betrachtung, daher soll nicht der Gedanke von 2022 aufgegriffen werden, sondern offene Möglichkeiten in einer Machbarkeitsstudie untersucht werden können, die sich an den Ergebnissen der Arbeitsgruppen orientiert. Die Summe von 30.000 Euro ist aus der Beschlussvorlage von 2022 übernommen, wo diese für die Prüfung der räumlichen Eignung von Flächen und alternativer Standorte ge-

nannt wurde. Ausdrücklich ist keine inhaltliche Festlegung oder Standortfixierung gemeint. Die WSI-Fraktion sieht eine Vermischung vieler Themen. Der Antrag der CDU-Fraktion laute „Sport trifft Kultur“, die Mittel für eine solche Machbarkeitsstudie wurden 2022 im Zuge der Haushaltsberatungen gestrichen, weil die Herstellungskosten für ein solches neue Gebäude auf Sicht für die Stadt nicht finanzierbar sind. Es gebe viele andere Prioritäten wie die Feuerwache, Schulerweiterungen, eine Grundschule und Behebung von Sanierungstaus an Gebäuden. Daher wird die WSI-Fraktion den Anträgen der SPD und CDU nicht zustimmen. Eine grundsätzliche Planung benötige keine 30.000 Euro, sondern sei ein Auftrag an die Verwaltung aus dem Haushaltsbegleitbeschluss. Auch bei der SPD-Variante „Kultur trifft Stadtgeschichte stelle sich die Frage, ab wann Räume zur Verfügung stehen könnten und ob und in welchem Umfang diese dann noch benötigt werden, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorliegen. Der Investor des Möller-Geländes engagiere sich sehr für Wedel und sollte nicht noch mehr mit Wedels Problemen belastet werden. Es würden teilweise viele Wünsche an seine Planungen formuliert, wenn nun noch die Volkshochschule oder die Stadtbücherei hinzukomme, müsse man vorsichtig sein, dieses Engagement nicht überzstrapazieren. Bezuglich des Grundstücks in der Volkshochschule: Hinsichtlich der 4. Grundschule müsste man sich grundsätzliche Gedanken machen, denn angesichts der Neubauzahlen in diesem Bereich werde sie eigentlich in Schulau benötigt. Hier müsse man aber den Schulentwicklungsplan und die finanzielle Situation berücksichtigen. Und selbstverständlich sei auch genossenschaftlicher Wohnungsbau verlockend. Aber darüber könne man sich Gedanken machen, wenn das Grundstück tatsächlich frei werden sollte.

Die SPD-Fraktion möchte eben keinen eigenen Zweckbau für Kunst und Kultur, der in späteren Jahren Probleme verursacht, falls er in dieser Form nicht mehr benötigt werde. Es sei vielmehr die Vorstellung, die Einrichtungen der Stadt in zentrumsnahen, bestehenden Gebäuden unterzubringen, auch um eine größere Flexibilität für die Stadt zu erreichen.

Die FDP-Fraktion schließt sich den Aussagen der WSI-Fraktion an. Im SPD-Antrag seien so viele verschiedene Sachverhalte vermischt worden, dass dieser schwer abzustimmen sei. Der CDU-Antrag war eher als Unterstützung für die Umsetzung eines Doppelraumkonzeptes verstanden worden.

Die CDU-Fraktion vermutet, dass der Begriff der Machbarkeitsstudie vielleicht unterschiedliche Assoziationen wecke. Selbstverständlich wird gesehen, dass der Stadt die finanziellen Mittel für einen Neubau im zweistelligen Millionenbereich fehlen. Aber man könnte über eine Kooperation mit einem Investor nachdenken, wenn sich Sport, Volkshochschule und Wohnbebauung kombinieren ließen. Das müsste jedoch untersucht werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird beide Anträge ablehnen, auch wenn eine grundsätzliche Sympathie vorhanden sei. Es sei jedoch derzeit kein Geld für solche externen Studien da und die Arbeitsgruppen seien noch im Prozess Ergebnisse zu entwickeln. Diese sollten abgewartet werden. Vielleicht wird auch eine dezentrale Lösung für die Volkshochschule möglich sein. Die Stadtbücherei sei am derzeitigen Standort gut etabliert, wenn die Beleuchtung und Belüftung erneuert würden, müssten hier keine Veränderungen angedacht werden. Viele genannten Aspekte seien bedenkenswert und würden unterstützt, aber die Entwicklung sei noch nicht konkret genug. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei trotz heutiger Ablehnung der Anträge jedoch wie die SPD-Fraktion gegen eine Veräußerung des Grundstücks in der ABC-Straße.

Die SPD-Fraktion bringt eine alternative Formulierung ihres Antrags als Kompromissvorschlag ein: „Für die Erarbeitung von Konzepten bzw. die Prüfung von Alternativen für die Unterbringung der VHS und der Musikschule, ggf. unter Einbeziehung der Stadtbücherei, auf dem Gelände der ehemaligen Möller-Werke oder in dem Untersuchungsgebiet des Innenstadtentwicklungskonzeptes, beschließt der Planungsausschuss Mittel in Höhe von 30.000 Euro für den Haushalt 2026/2027. Der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen.“

Die CDU-Fraktion schlägt als Kompromiss folgende Formulierung vor: „In dem Haushalt 2027 wird im Produkt der Stadt- und Landschaftsplanung eine Aufwandsposition in Höhe von 30.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Verlagerung von städtischen Einrichtungen

(z.B. VHS, Musikschule, Stadtbücherei und andere) eingestellt. Der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen.“ Mit dieser Formulierung wäre die Sporthalle nicht mehr enthalten, es gebe aber auch keine Konkretisierung auf einem Ort, wie beispielsweise das Möller-Areal.

Die WSI-Fraktion findet es schwierig, da mit Ausnahme der Machbarkeitsstudie nun genau der Auftrag an die Arbeitsgruppen benannt wird. Man sollte zunächst die Ergebnisse abwarten.

Die CDU-Fraktion sieht es als sinnvoll an, vorsorglich Geld mit einem Sperrvermerk einzuplanen, falls die Ergebnisse der Arbeitsgruppen noch vertiefende Untersuchungen benötigen.

Die SPD-Fraktion wird den Kompromissvorschlag der CDU nicht mittragen, da die Zentrumsnähe ein essentieller Punkt ihres Antrages ist. Natürlich belaste jedoch auch ein Ansatz mit Sperrvermerk zunächst den Haushalt, daher kann auch mitgegangen werden, wenn zunächst die Ergebnisse der AGs abgewartet werden sollen.

Die WSI-Fraktion weist darauf hin, dass es bei einem Doppelhaushalt vermutlich irgendwann einen Nachtragshaushalt geben wird. Sollte dann zwingend Geld für eine solche Studie benötigt werden, wird die Verwaltung sicherlich gute Ideen hierzu präsentieren.

Die CDU-Fraktion wollte allen Beteiligten gerne den Aufwand eines Nachtragshaushaltes ersparen, daher der Wunsch, vorsorglich Geld im Haushalt zu berücksichtigen. Das Geld hätte nur nach Freigabe der Politik bereitgestanden, um die Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu unterstützen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte zunächst in Ruhe die Ergebnisse diskutieren, sobald diese vorliegen. Zunächst müsse man schauen, was mit Bordmitteln und Doppelnutzung erreicht werden kann, da kein Geld für Neubauten vorhanden sei.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

Der Vorsitzende verliest den neuen Antragstext der CDU-Fraktion und stellt diesen zur Abstimmung.

Antrag:

In dem Haushalt 2027 wird im Produkt der Stadt- und Landschaftsplanung eine Aufwandsposition in Höhe von 30.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Verlagerung von städtischen Einrichtungen (z.B. VHS, Musikschule, Stadtbücherei und andere) eingestellt. Der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

4 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	7	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	0	1	0

6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu "Sport trifft Kultur"

ANT/2026/016

Die Aussprache erfolgte unter TOP 6.1, der Antrag wurde zurückgezogen.

6.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mittel für Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand

ANT/2026/017

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bringt den Antrag ein.

Frau Broekhuis erläutert, dass die Zuständigkeit beim Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss liegt, wenn es um die Entscheidung für den Bau der Wegeverbindung gehe. Sollten noch Grundstücksgeschäfte notwendig sein, wäre der Haupt- und Finanzausschuss zu fragen. Herr Grass ergänzt, dass die Zuständigkeit des Planungsausschusses mit dem Beschluss des Bebauungsplans geendet habe, der Bau wäre im Produkt des Fachdienstes Bauverwaltung und öffentliche Flächen zu verorten, der für öffentliche Wege und Straßen zuständig ist.

Die WSI-Fraktion erinnert sich, dass die Verwaltung beim Beschluss des Bebauungsplans gesagt habe, der Weg müsse nicht sofort gebaut werden, es sei jedoch sinnvoll, das Planverfahren abzuschließen, um die notwendigen Gutachten nicht alle neu beauftragen zu müssen in späteren Jahren. Selbstverständlich sei die Herstellung des Weges erstrebenswert, aber die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen müsste dann auch erklären, wo die notwendigen Millionen herkämen.

Herr Grass bestätigt, dass die Gutachten, die im Rahmen des Bebauungspalverfahren gemacht werden mussten, später hätten wiederholt werden müssen, wenn der Satzungsbeschluss nicht erfolgt wäre. Dennoch sei es vermutlich erforderlich, einige Bereiche wie Artenschutz bei einem zukünftigen Bau zu aktualisieren, da die Trasse durch die Natur laufe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird den Antrag zurückziehen und im UBF am Donnerstag einbringen. Bis 2028 gebe es extrem günstige Förderbedingungen mit bis zu 90% für den Ausbau des Radverkehrs. Ob eine Verlängerung der Förderprogramme erfolgt, ist noch nicht abzusehen.

6.3 Haushaltssatzung 2026/2027

BV/2025/080

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

Der Vorsitzende schlägt einen veränderten Beschlusstext vor, verliest diesen und lässt abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Rat:

Der Planungsausschuss empfiehlt die Haushaltssatzung 2026/2027 für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit dem Rat zur Beschlussfassung..

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
Die Linke im Rat			



7 Rückmeldungen der Fraktionen; hier: Lidl-Neubau

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eine schriftliche Stellungnahme eingereicht haben und fragt nach Ergänzungen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen meint, dass die Stellungnahme auf offene Ohren stoßen werde, da Lidl bereits viele wegweisende Konzepte auf den Weg gebracht habe.

Die FDP-Fraktion fragt sich, wenn diese Zuversicht bestehe, warum dann so eine Stellungnahme abgegeben werde. Sie vermittele eher den Eindruck, als sei nicht gewollt, dass Gewerbe in Wedel bleibe oder sich neu ansiedle. Der Investor hätte sich vermutlich über ein wenig Vertrauen gefreut und würde sich mit so einem Katalog vermutlich eher unwohl fühlen. Die FDP-Fraktion unterstütze das vorgestellte Vorhaben, sieht eine Bereicherung für Wedel und würde sich freuen, wenn es zeitnah umgesetzt werden könnte.

Die SPD-Fraktion hat keine Anmerkungen zu dem Vorhaben und wird dies unterstützen.

Die CDU-Fraktion begrüßt das Projekt im Sinne von Lidl und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung. Über die Beratung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens im Planungsausschuss bestünde darüber hinaus noch die Möglichkeit der Einflussnahme.

Die WSI-Fraktion begrüßt das Projekt ebenfalls und ist zuversichtlich, dass moderne Baustandards eingehalten werden. Eine Vergrößerung eines bestehenden Supermarktes sei nicht mit einer großen Neuansiedlung vergleichbar.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass es sich bei ihrer Stellungnahme nicht um einen Antrag handelt. Vielmehr wollte man die Möglichkeiten aufzeigen und zumindest anmerken, dass hier ein Gebäude überplant werden soll, welches nicht alt sei.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

8.1.1 Haushaltskonsolidierung

Es gibt nicht aktuelles zu berichten.

8.1.2 Mündlicher Sachstandsbericht Stadthafen Wedel

Herr Grass berichtet, dass der Innenausbau von WC und Kiosk in Arbeit ist, der Estrich ist verlegt und die Heizung werde eingebaut. Die Flutschutztüren im Hafenmeisterhaus, die eigentlich vor Weihnachten zugesagt waren, sollen bis Ende Januar eingebaut werden.

Die WSI-Fraktion fragt, ob die Pflasterarbeiten bis Jahresende abgeschlossen werden konnten.

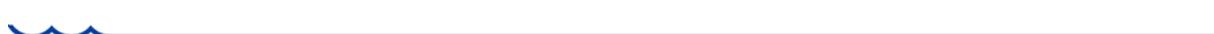
Herr Grass erläutert, dass dies ursprünglich der Plan war, dafür sollte auch zwischen den Feiertagen gearbeitet werden. Ob die Wetterlage in den letzten Wochen dies zugelassen hat, kann er aktuell nicht sicher sagen. Die Maßnahme Ostpromenade sei jedoch weitestgehend abgeschlossen, lediglich Kleinigkeiten wie die Handläufe an den Treppenstufen werden noch ergänzt.

8.1.3 Weitere Berichte

Es gibt keine weiteren Berichte.

8.2 Anfragen der Politik

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach der angekündigten Präsentation für die Planung auf dem Possehl-Gelände. Herr Grass bestätigt, dass diese für Februar oder März



vorgesehen ist.

Die WSI-Fraktion fragt nach dem geplanten Abbruch der Unterkunft Schulauer Straße, der ursprünglich für letztes Jahr vorgesehen war. Frau Broekhuis verweist auf das Gebäudemangement und die Zuständigkeit des UBF.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese um 20:13 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 20:56 Uhr wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

